

Aus Bund und Ländern

GOÄ: Stufenweise Weiterentwicklung

BONN/KÖLN. Frühestens in zwei Jahren soll das Gebührenverzeichnis als Anlage zur Amtlichen Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) in Stufen überarbeitet werden. Nachdem am 1. Juli 1988 die Dritte Änderungsverordnung zur GOÄ mit punktuellen Änderungen („Kleine Novelle“) in Kraft getreten ist, soll nun geprüft werden, welche Kapitel des Gebührenverzeichnisses vorranglich korrigiert werden sollen. Dies hat der Leiter des Referates V a 1 „Allgemeine Fragen der Gesundheitsversorgung/Gebührenrecht“ des Bundesministeriums, Regierungsdirek-

tor Siegfried Bader, der Geschäftsführung der Bundesärztekammer gegenüber angekündigt.

Die Bundesärztekammer wies die Referatsleitung darauf hin, daß bei einer sukzessiven Überarbeitung des Gebührenverzeichnisses die zwischen den einzelnen Kapiteln bestehenden Interdependenzen (zum Beispiel Grundleistungskapitel, Laborkapitel) zu berücksichtigen seien und von daher sorgfältig geprüft werden müsse, welche Kapitel vorrangig überarbeitet werden sollen. Die Bundesärztekammer, die ärztlichen Fachgesellschaften und die Berufsverbände sind gebeten worden, zur Vorbereitung der weiteren Beratungen Vorschläge zur Neufassung des Gebührenverzeichnisses zu unterbreiten. EB

Studium: Verlagerte Nachfrage

DORTMUND. Die Zahl der Bewerber um einen Studienplatz in der Medizin, Zahnmedizin und Tiermedizin geht weiter zurück. Eine vorläufige Übersicht der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund weist aus, daß die Zahl der Medizinbewerber von 16 400 im Vorjahr auf etwa 15 000 in diesem Jahr zurückgegangen ist. Dem stehen 6700 Studienplätze gegenüber. Die Relation Bewerber zu Studienplätzen beläuft sich mithin auf nur noch 2,2:1. Die Zahl der Bewerber um einen zahnmedizinischen Studienplatz ist von 3500 auf rund 3000 (1100 Studienplätze), die Zahl um einen tiermedizinischen Studienplatz von 3800 auf 3500 (850 Studienplätze) gesunken.

Die Nachfrage nach Studienplätzen hat sich innerhalb weniger Semester dramatisch verlagert. Dem Rückgang in den medizinischen Fächern steht eine Bewerberexpansion in den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen gegenüber.

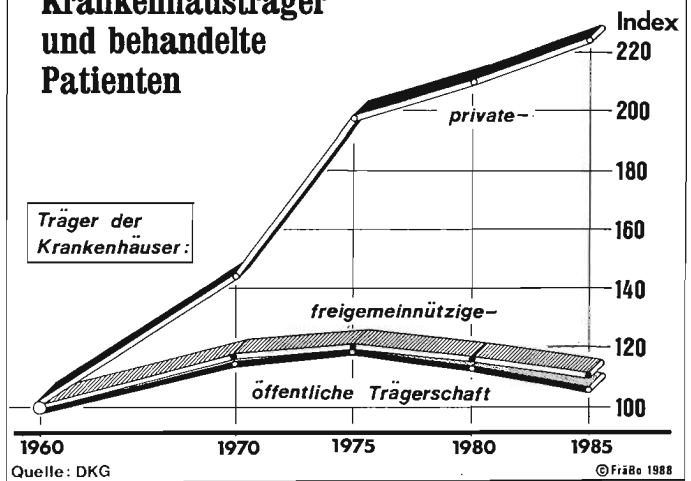
So haben sich laut ZVS für die 6400 betriebswirtschaftlichen Studienplätze fast viermal soviele Bewerber gemeldet. Ein Jahr zuvor betrug das Verhältnis noch 1:3.

Der Rückgang der Bewerberzahlen in der Medizin bedeutet nicht, daß die Zahl der Medizinstudenten sinkt, da nach wie vor sämtliche Studienplätze der Medizin besetzt werden. NJ

Fachvermittlungen helfen bei Suche nach AiP-Stellen

BONN. Das Bundesgesundheitsministerium rät angehenden Ärzten, die im Oktober erstmals eine AiP-Stelle antreten müssen, sich bei der Stellensuche direkt an die Einrichtungen zu wenden, in denen die Praxisphase abgeleistet werden kann. Wie der Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeifer mitteilte, kann es darüber hinaus sinnvoll sein, sich an die Fachvermittlungsdienste für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte (FVD) zu wenden. Die FVD-Stellen seien von der Bundesanstalt für Arbeit mit der Vermitt-

Krankenhausträger und behandelte Patienten



Bei den Krankenhäusern in privater Trägerschaft hat sich die Zahl der stationär behandelten Patienten von 1960 bis 1985 mehr als verdoppelt; entsprechend stark war auch der Anstieg der Pflegetage, wie aus der Statistik der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) hervorgeht. Die öffentlich-rechtlichen und freigemeinnützigen Krankenhäuser erreichten zwar bei den Patientenzahlen Zuwächse von 68 beziehungsweise 84 Prozent, reduzierten aber gleichzeitig die Verweildauer drastisch. Daraus resultierte eine rückläufige Tendenz bei den Pflegetagen.

lung von Praktikumsplätzen beauftragt worden.

Das Bundesministerium verweist anfragende Studenten auch an die zuständigen Landesbehörden, die im Einzelfall Ratschläge erteilen können. Aus der Tatsache, daß derzeit noch nicht in allen Ländern ausreichend AiP-Stellen vorhanden seien, dürfe nicht gefolgert werden, daß auch im Oktober nicht genügend Stellen zur Verfügung stehen würden. Es existiere eine ausdrückliche Zusicherung der Defizit-Länder, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um genügend Plätze zu schaffen.

Die Schaffung eines „Referendariats“ für Ärzte im Praktikum kommt für die Bundesregierung nicht in Betracht. Die Ärztekammer des Saarlandes hatte vorgeschlagen, die AiP-Stellen mit einer Art Referendarbezahlung auszustatten. Der Arztberuf sei indes ein freier Beruf, bei dem es keine Begründung für ein Beamtenverhältnis auf Widerruf mit allen daraus entstehenden Rechten und Pflichten gebe, erklärte der Staatssekretär. OD

„Ärzte in Not“

FRANKFURT. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) weist in ihrer Informationsschrift „Ärzte in Not“ erneut auf die Situation von Ärzten und deren Familienangehörigen in Staaten des Ostblocks und der Dritten Welt hin. Dr. med. Reinhard Gnauck, Wiesbaden, und Dr. med. Wulf Rothenbacher, Diez/Lahn, beschreiben detailliert anhand von zwölf Fallbeispielen Einzelschicksale von Kollegen in der Sowjetunion, der DDR, Rumänien, Bulgarien sowie im Iran und in Chile.

Durchweg allen gemeinsam ist nach Darstellung der IGFM die Verbüßung einer mehrjährigen Haftstrafe aufgrund nichtiger Anlässe, so etwa der Wunsch nach Ausreise, der persönliche Einsatz zur Verwirklichung der Menschenrechte nach der Schlußakte von Helsinki oder die Zugehörigkeit zu bestimmten Bevölkerungs- oder Glaubensgemeinschaften.

Besonders tragisch sind in diesem Zusammenhang drei

Schicksale: Im Iran sind der Kardiologe Dr. Husayn Nagi und der Psychotherapeut Dr. Kambiz Sadigzadik seit ihrer Verhaftung im August 1980 spurlos verschwunden. Als Angehörige der Religionsgemeinschaft der Bahá'í steht für sie nach Ansicht der IGFM das Schlimmste zu befürchten, zumal schon zwölf ihrer Kollegen wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Bahá'í im Iran hingerichtet worden seien. In Ru-

mänien ist die Psychiaterin Dr. Aurelia Nistor nach Darstellung der Gesellschaft für Menschenrechte seit 1982 verschwunden, nachdem sie sich gegen den auch in Rumänien durchaus üblichen Mißbrauch der Psychiatrie zu politischen Zwecken gewandt hatte. Die IGFM fordert dazu auf, sich bei den Botschaften der jeweiligen Ländern nach dem Schicksal der Verschwundenen zu erkundigen. GNE

Ausstellung zur Medizingeschichte

BONN. „Medizin, Romantik und Naturforschung – Bonner Perspektiven im 19. Jahrhundert“ ist der Titel einer Ausstellung, die vom 28. November 1988 bis 3. Februar 1989 in der Universitätsbibliothek Bonn gezeigt wird. Die Ausstellung wurde vom Medizinhistorischen Institut in Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek Bonn unter der Leitung von Professor Dr. Dr. Heinz Schott organisiert. Sie dokumentiert, wie sich an der Bonner Universität ab 1818 Medizin, Naturphilosophie und Naturforschung produktiv beeinflussen, bevor die „Schulmedizin“ im 19. Jahrhundert ihren Siegeszug antrat. Die Ausstellung (Eintritt frei) ist montags bis freitags von 9 bis 21 Uhr geöffnet. OD

Beratungsstelle für Schnüffler

HAMBURG. Um dem Problem „Mißbrauch flüchtiger Substanzen“ innerhalb der Drogensucht beizukommen, hat die Psychiatrische und Nerven-Klinik im Universitätskrankenhaus Eppendorf in Hamburg eine Beratungsstelle für Schnüffler eingerichtet. Man schätzt, daß in der Bundesrepublik etwa 30 000 Jugendliche, davon allein in den Großstädten wie Hamburg und West-Berlin etwa jeweils 2000 Heran-

wachsende, durch das Einatmen von Klebe- und Lösungsmitteln eine psychische Abhängigkeit entwickelt haben. Da es keine Präventionsmaßnahmen gibt, rät der Leiter der Beratungsstelle im Hamburger Universitätskrankenhaus, Dr. Rainer Thomasius, zu eingehenden Gesprächen mit Betroffenen und Eltern. In besonders schweren Fällen ist auch eine stationäre Behandlung in Hamburg möglich. Die Beratungsstelle hat im Juli 1988 ihre Arbeit aufgenommen. PHÄ

1300 Interessenten für Homöopathie und Naturheilverfahren

CELLE. Mehr als 1300 Ärzte haben im ersten Jahr des Bestehens der Niedersächsischen Akademie für Homöopathie und Naturheilverfahren an den bisher angebotenen 37 Kursen teilgenommen; davon interessierten sich mehr als 1000 Ärzte für die Homöopathie, rund 200 für Naturheilverfahren und 76 für Akupunkturkurse. Mitglieder des Trägervereins der Akademie sind unter anderem das niedersächsische Sozialministerium, die Stadt Celle, die Landesversicherungsanstalt Hannover sowie Verbände der praktischen, homöopathischen und Kneippärzte. Der Präsident, Ministerialdirigent Prof. Dr. med. Windorfer aus dem Sozialministerium, sieht das

Ziel der Akademie darin, eine Verbindung zwischen klassischen Disziplinen und sogenannten Alternativverfahren herzustellen. WZ

Ausland

Neue Attacken auf die Raucher

ROM/ATHEN. Wenn es nach den Antragstellern geht, wird Italien das schärfste Anti-Rauch-Gesetz bekommen, das es auf der Welt gibt. Sein Artikel 1 soll mit den aus allen Eisenbahnwagen bekannten Worten beginnen: „E' vietato fumare“ – Rauchen ist verboten. Ausnahmen folgen natürlich: Man darf in Räumen rauchen, die nicht in Verbindung zu anderen stehen, eine gute Luftumwälzung haben und von der örtlichen Gesundheitsbehörde für die Raucher freigegeben sind, ferner im Freien sowie in der eigenen Wohnung und im eigenen Auto. Zuwiderhandlungen werden mit zwei Millionen Lire bestraft – etwa 2800 DM. Tabakwerbung ist in Italien heute schon verboten, aber das Verbot soll auch auf Raucherartikel ausgedehnt werden. Parlamentarier aller Parteien haben den Entwurf unterschrieben, eine Fraktion sogar hundertprozentig: die drei Deputierten der Südtiroler Volkspartei.

Die griechische Regierung hat die Zigaretten- und Tabakpreise um zehn Prozent erhöht und die Werbung für Tabakwaren verboten. Auch ein Warnhinweis auf den Zigarettenpackungen wird eingeführt. bt

Jedes Jahr 43 000 Verkehrstote

MOSKAU. Nach sowjetischen Veröffentlichungen (zitiert in der in Köln erscheinenden Zeitschrift „Sowjetunion Heute“) wurden in den Jahren von 1983 bis 1987 bei Verkehrsunfällen in der Sowjetunion 214 900 Menschen getötet; das sind im

Durchschnitt 42 980 im Jahr. Hinzu kamen 1,3 Millionen Verletzte. Die Hälfte aller Verkehrsunfälle werde von Fahrern verschuldet, die höchstens zwei Jahre Fahrpraxis haben; bei jedem fünften Unfall sei Alkohol im Spiel.

Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland scheint die Zahl der Verkehrstoten auch der hohen Bevölkerungszahl in der Sowjetunion zu entsprechen (etwa 280 Millionen Einwohner). Allerdings gibt es in der Sowjetunion nicht nur relativ, sondern absolut weniger Kraftfahrzeuge als in der Bundesrepublik Deutschland, und davon sind noch fast die Hälfte Lastwagen (in Westdeutschland weniger als zehn Prozent). gb

Spanien ist Spitze und auch Schlußlicht

BRÜSSEL. Der Anteil der Arzneimittelkosten an den gesamten Gesundheitsausgaben in den einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften liegt in Spanien mit 19,7 Prozent am höchsten. Es folgen Portugal mit 17,8 Prozent, Frankreich (15,9), die Bundesrepublik Deutschland (15,2), dann Belgien, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Irland und die Niederlande (5,9 Prozent). Den niedrigsten Anteil hat Dänemark mit 3,6 Prozent aufzuweisen.

Nach den EG-Statistiken über den Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für den Gesundheitsbereich vom Bruttosozialprodukt liegt dagegen Spanien mit nur 5,9 Prozent an letzter Stelle. In aufsteigender Linie folgen Portugal, Großbritannien, Irland, Dänemark, Frankreich, Belgien. In Luxemburg erreicht dieser Anteil 10,1 Prozent vom BSP, in der Bundesrepublik Deutschland 11,1 Prozent und in Italien 11,2 Prozent. An der Spitze stehen die Niederlande mit 14,4 Prozent. EG